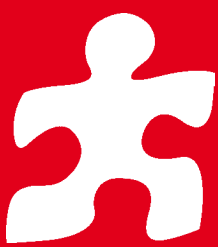


NR. 3 2012

Pub. Verlagsanstalt 1010 Wien
Zulassungsnummer: GZ 0420356/1 M



weltnachrichten

INFORMATIONEN DER ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Energieschub für Entwicklung



Österreichische
 Entwicklungszusammenarbeit

editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die Vereinten Nationen (UN) haben 2012 zum „Internationalen Jahr der nachhaltigen Energie für alle“ erklärt. Zahlreiche Aktivitäten sollen Bewusstsein dafür schaffen, dass der Zugang zu modernen und leistbaren Energiedienstleistungen wesentlich ist, um die weltweite Armut zu verringern. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs verstärken diese Botschaft durch drei globale Ziele und stecken damit den Aktionsrahmen für ein Umdenken in der Energiepolitik in Richtung Nachhaltigkeit ab. Die strategische Afrika-EU-Energie-Partnerschaft setzt bereits seit 2007 Vorhaben zur Beseitigung der Energiearmut in unserem Nachbarkontinent um und lädt die Zivilgesellschaft, den Privat- und Wissensschatz zur Mitwirkung ein.

Österreich verfügt im Bereich erneuerbare Energien über umfangreiches Know-how. Die österreichische Expertise fließt seit vielen Jahren in die Entwicklungszusammenarbeit ein und genießt international Anerkennung. Lesen Sie auf den nächsten Seiten mehr über die vielfältigen österreichischen Programme und Projekte im Energiebereich.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

die Redaktion

oeza.info@ada.gv.at

inhalt

■ THEMA

Nachhaltige Energieversorgung – jetzt!	3
Bhutan: Wasserkraft und ländliche Elektrifizierung	5
Aus vollen Quellen schöpfen	6
Starker Partner in Westafrika	7
Saubere Energie zahlt sich aus	8
Sonnenaufgang über Ägypten	10
Der Nutzen liegt auf der Hand	11

■ FORUM

Agrosprit auf Kosten der Menschenrechte?	12
--	----

■ PANORAMA

Rio+20: großer Gipfel, kleiner Fortschritt	13
Entwicklungszusammenarbeit neu aufgemischt	14
Medien im Kreuzfeuer	15

■ SERVICE

Kurznachrichten	16
Impressum	16

Mit Energie in eine bessere Zukunft



© ADA/Frank Helmich

Ein Leben ohne Strom? – In unseren Breitengraden kaum mehr vorstellbar, für 1,5 Milliarden Menschen auf der Welt jedoch tägliche Realität. Energieversorgung erleichtert nicht nur den Alltag, sie ist auch wesentlich für Armutsminderung. Während also ein Fünftel der Menschheit ohne Elektrizität auskommen muss, nimmt der Energiebedarf der Industrie- und Schwellenländer weiter zu – zum Großteil gedeckt durch fossile Energieträger.

Seit September 2011 bringt die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon frischen Wind in die internationale Debatte über eine notwendige Energiewende. Drei Ziele gilt es, bis 2030 mit Nachdruck zu verfolgen: Alle Menschen sollen Zugang zu sauberer Energie bekommen, weiters sind die Energieeffizienz sowie der Anteil der Erneuerbaren am Energiemix zu verdoppeln.

Die Vorgaben sind eng verzahnt: Soll die gesamte Weltbevölkerung mit Strom versorgt werden, ist die Nutzung regenerativer Energiequellen im Sinne von Nachhaltigkeit und Klimaschutz die einzig realistische Möglichkeit. Der Anteil der Erneuerbaren am Gesamtverbrauch – derzeit rund 15 Prozent – würde dadurch sprunghaft steigen. Gleichzeitig sind die Industrie- und Schwellenländer gefordert, Energie effizient zu nutzen, um Einsparungen zu erzielen.

Entwicklungsländer verfügen über unerschöpfliche Quellen erneuerbarer Energie. Oft mangelt es aber an den notwendigen Kapazitäten und Technologien, um diese zu nutzen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt daher mit finanziellen Mitteln und Know-how zahlreiche Programme und Projekte zur nachhaltigen Energieversorgung. Dazu zählt etwa ein Programm der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, das verstärkt auf Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger wie Wasserkraft, Geothermie oder Biogas setzt, nicht zuletzt um die Abhängigkeit von Dieselimporten zu reduzieren. In Bhutan wiederum engagiert sich Österreich seit Jahren für den Ausbau der Wasserkraft und die Elektrifizierung von Hochgebirgstälern. Als Mitglied der von Finnland ins Leben gerufenen Energie- und Umweltpartnerschaft fördert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit nachhaltige Energielösungen für ländliche Gebiete in Zentralamerika sowie im südlichen und östlichen Afrika.

Für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien ist mehr internationales Engagement nötig. Positive Signale gibt es bereits: Beim Gipfel Rio+20 im vergangenen Juni berichtete UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, dass bereits in mehr als 50 Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Projekte erarbeitet werden, die auf die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ ausgerichtet sind. Viele Geber, Unternehmen, Investoren und Entwicklungsorganisationen unterstützen die UN-Energieziele – auch Österreich ist mit dabei. ■

Brigitte Öppinger-Walchshofer

Geschäftsführerin der Austrian Development Agency (ADA)



Nachhaltige Energieversorgung – jetzt!

Die Zukunft der Energieversorgung liegt in den erneuerbaren Energien. Im Sinne nachhaltiger Entwicklung sind bei Energieprojekten Umwelt- und Ressourcenschutz, die Integration gesellschaftlicher Interessen und die Wahrung der Menschenrechte ausschlaggebend. Aber auch die effiziente Nutzung und das Konsumbewusstsein spielen in nachhaltigen Energiesystemen eine wesentliche Rolle.

Der leistbare Zugang zu sauberen und gesunden Energieformen steigert nicht nur die Lebensqualität, er ist auch ein kräftiger Wirtschaftsmotor, der Arbeitsplätze und Einkommen schafft. Dennoch können die meisten Menschen kaum einschätzen, wie viel Wärme, Kälte oder Strom sie täglich verbrauchen und was 1 Kilowattstunde kann oder kostet. Wer weiß, zum Beispiel, dass 1 Kilowattstunde notwendig ist, um 1 Tonne Gewicht auf 367 Meter – das ist höher als der Eiffelturm – zu heben? In Österreich würde diese Leistung nur 20 Cent kosten. Ein anderes Beispiel: Um den erforderlichen Strom zu generieren, den eine vierköpfige westeuropäische Familie an einem Tag verbraucht, traten bei einem Experiment des britischen Fernsehsenders BBC* (siehe Seite 4) 80 durchtrainierte RadfahrerInnen 12 Stunden lang in die Pedale und gaben schließlich völlig erschöpft auf. Die benötigten 3,6 Kilowatt aus der Steckdose würden sich in Österreich in der Haushaltsrechnung mit 8 Euro niederschlagen.

Anreize zum Energiesparen

Die günstigen Energiepreise sowie mangelndes Bewusstsein für den Energieverbrauch und die Kosten motivieren

kaum zur Anschaffung energieeffizienter Geräte oder zur Änderung des Nutzungs- und Konsumverhaltens. Der westliche Lebensstil ist weder Vorbild für Entwicklungsländer noch dauerhaft aufrechtzuerhalten. Die fossilen und nuklearen Energieressourcen sind nicht unerschöpflich. Ein beschränktes Angebot an beispielsweise Öl verursacht aber steigende Energiepreise und damit höhere Kosten für zahlreiche Produkte wie etwa Lebensmittel.

Eine Möglichkeit, Bewusstsein für Energieeffizienz und die Brisanz der Situation zu schaffen und zur Minderung der Armut beizutragen, sind progressive Energietarife: Der für das grundlegende Überleben nötige Basisstrom kostet in so einem System sehr wenig, höherer Stromverbrauch wird mit steigenden und nicht wie heute meist üblich mit fallenden Kosten kalkuliert. Einige Länder wie Südafrika, Burkina Faso, Costa Rica und Italien haben damit bereits Erfahrung gesammelt. Nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima hat sich auch die Schweiz dazu entschlossen, im Juli 2012 ist China nachgezogen. Bisher gelten die progressiven Tarife meist jedoch nur für Haushalte, nicht für die Industrie.

Die Gemeinde Metalío
in El Salvador setzt
solarbetriebene
Wasserpumpen ein.



Alternative Lösungen gefragt

Die Barrieren auf dem Weg zur nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Energiequellen sind vielfältig: Die fehlenden politischen Rahmenbedingungen und Anreize – auch für energieschonendes Nutzerverhalten – zählen ebenso dazu wie mangelndes technisches und ökologisches Grundverständnis. Überdies erscheinen die Investitionen, die vorab für die Nutzung erneuerbarer Energien notwendig sind, derzeit noch vergleichsweise hoch, da beim Einsatz fossiler Brennstoffe die externen Kosten sowie die massiven Subventionen nicht eingerechnet werden.

Im internationalen Diskurs steht der Zugang zu Elektrizität so stark im Vordergrund, dass die Vorteile der Nutzung von beispielsweise Wärme aus Biogas oder Solarthermie oft übersehen werden. Strom ist zwar die flexibelste, aber auch die teuerste Energieform. Dort, wo es technisch, sozial und ökologisch möglich ist, sollten daher Wärmepotenziale lokal und direkt genutzt und nicht Strom etwa zur Aufbereitung von Warmwasser oder zum Heizen vergeudet werden. Dies verringert auch das Risiko von Stromausfällen und -engpässen, die Abhängigkeit von Importen oder Budgetabflüssen.

Österreich setzt auf Erneuerbare

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit schafft daher in ihren Partnerländern die Voraussetzungen für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Dazu gehören beispielsweise der Aufbau von institutionellen Kapazitäten, der Transfer von technischem Know-how, politische Beratung, Bewusstseinsbildung sowie Pilotprojekte. Die regionalen Programme werden politisch von den Ländern in Westafrika, im südlichen Afrika sowie in Zentralamerika mitgetragen.

Zunehmend an Bedeutung gewinnt die Energiefrage bei der Errichtung von Gebäuden und damit der modernisierte Einsatz lokaler, energieeffizienter, nachwachsender Bau- und Dämmstoffe. Auch Biogas spielt eine immer größere Rolle als Energiequelle – zum Kochen, für die Beleuchtung sowie für die Anwendung beispielsweise in Schulen. Landwirtschaftliche oder tierische Abfälle, auch

Exkrememente, werden in Biogas zur Energiegewinnung und in nachhaltigen Düngern für die Landwirtschaft umgewandelt. Lokale Abfallprobleme werden dadurch gelöst, die Hygiene und gesundheitliche Faktoren verbessert und ein funktionierendes Kreislaufsystem gefördert.

Umstieg rechnet sich

Seit den 1960er-Jahren führt Erdöl die Liste der meist genutzten Energiequellen an. Lösungen, wie wir uns aus der fossilen Klammer befreien können, sind wichtiger, aber auch schwieriger denn je. Die Globalisierung, der internationale Warenverkehr, Infrastrukturen, große Teile der Wirtschaft und die Industrie wurden und werden so gestaltet, dass die Abkehr von fossilen Energieträgern zu einem schwierigen, zeitaufwändigen und politisch mühsamen Vorhaben wird, das vermeintlich zu teuer ist. Die Stern-Review (2006)**, in der die wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung untersucht werden, berechnet hingegen, dass ein vehementer Umstieg langfristig volkswirtschaftlich und klimatisch das günstigste Szenario wäre: Nur 1 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts würde genügen, um den Temperaturanstieg bis zum Jahr 2100 auf 1,8°C zu begrenzen.

Der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energiequellen stellt ein mehrere Jahrzehnte dauerndes gesellschaftliches Unterfangen dar. Dieses kann nur gelingen, wenn sich alle relevanten Akteure – von VisionärInnen über PolitikerInnen, InvestorInnen und Gebern bis hin zur Bevölkerung – mit Nachdruck für eine Wende in der Energiepolitik einsetzen. ■

Hannes Bauer

Experte für nachhaltige Energien in der ADA

*BBC Dokumentation „The Human Power Station“ 2009
→ <http://road.cc/content/news/11779-cyclists-power-family-home-bbc-show-highlight-energy-wastage>

**Stern Review on the Economics of Climate Change
by Nicholas Stern, 2006

Bhutan: Wasserkraft und ländliche Elektrifizierung

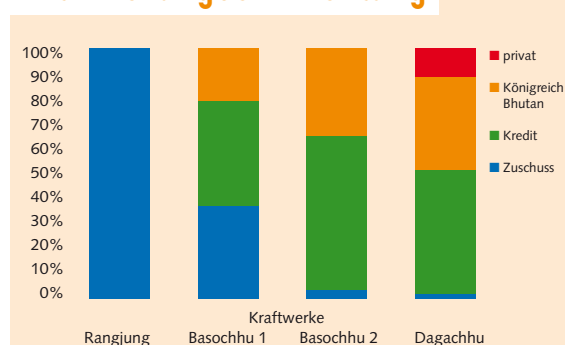
Mit etwa 17 Prozent des Bruttonationalprodukts steht der Energiesektor in Bhutan unangefochten an erster Stelle und trägt bei jährlichen Exporterlösen von derzeit rund 160 Millionen Euro wesentlich zur Finanzierung sozialer Programme für Bildung, Gesundheit und ländliche Elektrifizierung bei.

Das nachhaltig nutzbare Wasserkraftpotenzial von etwa 30.000 Megawatt (MW) bzw. rund 120.000 Gigawattstunden an jährlicher Erzeugung ist gegenwärtig erst zu 5 Prozent ausgebaut. Vor zwei Jahren beschloss die bhutanische Regierung, die derzeitige Kapazität von ca. 1.500 MW bis 2020 auf 10.000 MW zu steigern. Das Nachbarland Indien hat die ursprüngliche Abnahmegarantie von mindestens 5.000 MW auf 10.000 MW verdoppelt.

Wunschpartner Österreich

Die erfolgreiche Kooperation mit Österreich zum Ausbau der Wasserkraft begann 1986 auf ausdrücklichen Wunsch Bhutans. Seither wurden die Kraftwerke Rangjung sowie Basochhu 1 und 2 gemeinsam realisiert und in Betrieb genommen. Das Kraftwerk Dagachhu befindet sich seit 2009 in Bau. Fachspezifische Ausbildungen sichern den reibungslosen Betrieb und die Erhaltung der Anlagen, in ausschließlich bhutanischer Verantwortung. Während die

Finanzierungsentwicklung



finanziellen Mittel beim ersten gemeinsamen Kraftwerk noch zur Gänze aus österreichischen Zuschüssen kamen, wird Dagachhu vorwiegend aus Eigenmitteln des Königreiches und über Kredite finanziert. Die österreichischen Zuschüsse belaufen sich heute nur noch auf 2 Prozent der Gesamtbaukosten (siehe Grafik). Alle Anlagen werden als Laufkraftwerke ohne Stauseen und mit ausreichender Restwasserausleitung ausgeführt. Eine strenge Umweltverträglichkeitsprüfung ist in Bhutan Vorbedingung für den Bau. Da Wasserkraft als nationale Ressource gilt, müssen alle Betreiber 15 Prozent der erzeugten Energie gratis als „Wasserzins“ an das Land abtreten.

Mehr Komfort für alle und im Einklang mit der Ökologie

Die königliche Regierung verfolgt den ehrgeizigen Plan, der gesamten Bevölkerung Zugang zu modernen Energieformen statt 2020 bereits 2013 zu verschaffen. Dafür wurde Bhutan in drei Zonen aufgeteilt. Die leicht erreichbaren Dörfer werden an das zentrale Stromnetz angebunden, entlegene Gebiete sollen über dezentrale Versorgungseinheiten, die meist durch Kleinwasserkraft gespeist sind, elektrifiziert werden, für Höfe in Einzel- oder extremen Gebirgslagen ist vornehmlich der Einsatz von Photovoltaik vorgesehen. KleinverbraucherInnen zahlen umgerechnet nur 1,26 Cent pro Kilowattstunde.

Heute sind 73.000 ländliche Haushalte (82 Prozent) mit Strom versorgt, das ist zehnmal so viel wie vor 20 Jahren. Seit 2001 erhielten mehr als 2.600 Haushalte mit österreichischer Unterstützung Zugang zu Strom. Für weitere 330 Familien werden derzeit im Jigme Dorji National Park Miniwasserkraftwerke mit dezentralen Netzen errichtet. Beim heuer vollendeten Projekt im Vogelschutzgebiet Phobjikha gelang es nicht nur, Vogelschutz, Landschaftsschutz und Tourismus optimal in Einklang mit ländlicher Elektrifizierung zu bringen, sondern auch erstmals in Bhutan mit der Royal Society for Protection of Nature eine ökologische Bauaufsicht einzusetzen. Die ländliche Stromversorgung ermöglicht nicht nur eine Versorgung mit Haushaltenergie, sondern förderte auch die rasante Ausbreitung von Mobiltelefonen und Internet. Dies ist ein entscheidender Fortschritt für das Hochgebirgsland, in dem Distanzen noch immer nur mit enormem Aufwand zu überwinden sind. ■

Rudolf Hüpfel

2000 bis 2010 Konsulent für Energiefragen
der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Die Unterstufe des Kraftwerks Basochhu wurde 2005 feierlich in Betrieb genommen.



Aus vollen Quellen schöpfen

Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Geothermie sind in Mittelamerika zwar reichlich vorhanden, werden jedoch noch immer viel zu wenig genutzt. Seit 2003 treibt das Programm Energie- und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika die Nutzung erneuerbarer Energien in der Region voran – mit österreichischer Unterstützung.

Wird ein Kleinwasserkraftwerk geplant, ist zunächst eine Machbarkeitsstudie notwendig. Mit dem Befund über die hydrologischen, wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten des gewählten Standorts wird dann eine umweltrechtliche Genehmigung eingeholt, und die Suche nach Finanzpartnern kann beginnen. Die Studie ist aufwändig und stellt daher für die Projektentwickler oft eine enorme Hürde dar.

Strom durch Kleinwasserkraft

Die Energie- und Umweltpartnerschaft hilft, solche Barrieren zu überwinden. In El Salvador, zum Beispiel, beauftragte sie die lokale Organisation SABES mit der Machbarkeitsstudie für sechs Kleinwasserkraftwerke zur ländlichen Elektrifizierung. Deren Leistung sollte den Strombedarf von etwa 500 Familien decken. Nach Abschluss der Studie gelang es SABES, zwei Kraftwerke mithilfe spanischer Organisationen zu finanzieren und zu bauen. Die Gesamtinvestition betrug 230.000 US-Dollar. 74 Haushalte profitieren jetzt davon.

Die beiden Projekte hatten noch andere positive Effekte: Die Kommunen stärkten ihre Kapazitäten für den Bau, die Inbetriebnahme und Wartung sowie für das Management von Wasserkraftwerken. Darüber hinaus führte die Her-

stellung der Anlagen zu einem Technologieschub in den lokalen Werkstätten. Zusätzliche Maßnahmen kurbelten die Wirtschaft in den Gemeinden an und verbesserten die Lebensqualität.

Partnerschaft für lokale Lösungen

Die Umwelt- und Energiepartnerschaft ist eine Initiative Finnlands, Österreichs und der EU und fördert in den acht Mitgliedsstaaten des zentralamerikanischen Integrationsystems (SICA) den Zugang zu modernen, leistbaren, verlässlichen und nachhaltigen Energiedienstleistungen. Seit dem Start 2003 wurden insgesamt 284 Energieprojekte – 53 davon im Bereich Kleinwasserkraft – verwirklicht. Die Energie- und Umweltpartnerschaft bietet technische und finanzielle Unterstützung für Pilotprojekte und Studien, fördert den Aufbau lokaler Kapazitäten und erleichtert den Erfahrungs- und Informationsaustausch. Auch die Entwicklung innovativer, nachhaltiger Finanzierungsmechanismen wird vorangetrieben.

Die Projekte orientieren sich an der Nachfrage. Die Vorschläge kommen von unterschiedlichsten Interessengruppen – von öffentlichen Stellen über Genossenschaften bis hin zu Nichtregierungsorganisationen. Die Vorhaben sollen die Umwelt schützen, lokal umsetzbare Energielösungen bieten, den Privatsektor einbeziehen, Einkommen und Beschäftigung schaffen und die regionale Zusammenarbeit fördern. Einige Projekte haben mittlerweile Investitionen ausgelöst, die zu neuen Energiepartnerschaften zwischen lokalen, regionalen und internationalen Organisationen geführt haben.

Nach dem erfolgreichen Vorbild der Energie- und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika startete das finnische Außenministerium ähnliche Programme in anderen Weltregionen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sich im südlichen und östlichen Afrika daran. 55 Projekte werden bereits umgesetzt. ■

Salvador Enrique Rivas

ist regionaler Koordinator der Energie- und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika mit Sitz in El Salvador



Die Energie- und Umweltpartnerschaft macht's möglich: saubere Lösungen für lokale Energieversorgung.

→ www.sica.int/energia



Geschäftsführer Mahama Kappiah und der technische Experte Martin Lugmayr freuen sich über den Erfolg des Regionalzentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (ECREEE).

Starker Partner in Westafrika

Mit dem Regionalzentrum für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (ECREEE) auf Kap Verde setzt die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS wichtige Akzente für eine nachhaltige Energiezufuhr der 15 Mitgliedsstaaten. Seit 2010 ebnet das Regionalzentrum den Ländern den Weg zu alternativen Energielösungen – durch Kapazitäten- und Politikentwicklung, Wissenstransfer und Investitionsförderung.

Unsere Institution hat sich in Energiefragen zu einem starken Partner in der Region und auf internationaler Ebene entwickelt. Durch unsere nationalen Büros in Westafrika verfügen wir mittlerweile über ein dichtes Kooperationsnetzwerk“, so die positive Bilanz des ghanaischen Geschäftsführers Mahama Kappiah zum zweiten Jahrestag von ECREEE. „In Anerkennung unseres Engagements ist das Energiezentrum sogar als offizieller Westafrika-Koordinator zur Umsetzung der UN-Initiative ‚Nachhaltige Energie für alle‘ im Gespräch“, zeigt sich Mahama Kappiah erfreut.

Hoch gesteckte Ziele

Kürzlich schloss ECREEE die Erarbeitung einer regionalen Strategie zu Energie und einer zu Energieeffizienz ab. Die beiden Politikdokumente sollen im Oktober bei einem hochrangigen Energieforum in Ghana von den Energieministern der ECOWAS-Staaten verabschiedet werden. Die Ziele sind ambitioniert: So soll der Anteil erneuerbarer Energien an der elektrischen Gesamtleistung bis 2020 auf 10 Prozent und bis 2030 auf 19 Prozent gesteigert werden. Rechnet man die Leistung der großen Wasserkraftwerke in der Region dazu, erhöht sich die Quote der Erneuerbaren im selben Zeitraum auf 35 bzw. 48 Prozent. Rund ein Viertel der ländlichen Bevölkerung soll durch dezentrale erneuerbare Energielösungen versorgt werden. Durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in den nächsten fünf Jahren

soll sich der Bau von rund 40 Kraftwerken mit einer Leistung von je 50 Megawatt erübrigen.

Mit vereinten Kräften

ECREEE verwaltet eine regionale Fazilität zur Kofinanzierung erneuerbarer Energielösungen in ländlichen Regionen. Die erste Ausschreibung stieß auf großes Interesse. Von 166 Einreichungen wurden 41 Projekte genehmigt. Weiters setzt das Regionalzentrum gemeinsam mit der Österreichischen Energieagentur ein Programm zur Steigerung der Energieeffizienz um, das aus Mitteln der Europäischen Kommission finanziert wird. In Kooperation mit UNIDO baut ECREEE derzeit ein ECOWAS-Informationssystem für nachhaltige Energie auf. Das Online-Portal wird über Investitionsmöglichkeiten, institutionelle Rahmenbedingungen und wichtige Kontakte informieren. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit UNIDO wird 2013 ein umfangreiches Regionalprogramm zur Förderung der Kleinwasserkraft starten. Außerdem absolvierten bereits 150 ExpertInnen über ein Trainingsnetzwerk Schulungen in der Analyse der technischen und finanziellen Machbarkeit alternativer Energieprojekte.

ECREEE nahm im Juli 2010 seine Arbeit auf. Unterstützt wurde das Zentrum von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, der UNIDO und der Regierung Kap Verdes. Österreich steuerte rund 1,8 Millionen Euro zum Aufbau bei und stellt einen technischen Berater. Mittlerweile tragen das Budget überwiegend größere Geber wie Spanien, die Europäischen Kommission und USAID. ■

Martin Lugmayr

Experte für nachhaltige Energie, ECOWAS Regional Centre for Renewable Energy and Energy Efficiency, Kap Verde

Kleinwasserkraftwerke erhöhen die Quote der erneuerbaren Energien in Westafrika.





Saubere Energie zahlt sich aus

Die Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB) setzt auf die Finanzierung von Energieprojekten. Die Vorstände, Andrea Hagmann und Michael Wancata, erläutern die Hintergründe.

Weltnachrichten: Welche Rolle spielt der Energiesektor in der Investitionspolitik der OeEB?

Hagmann: Energieprojekte sind ein zentrales Geschäftsfeld der OeEB. Denn ausreichende Energieversorgung ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass sich ein Land positiv entwickeln kann. Arbeitsplätze, Gesundheit, Umweltschutz, Versorgungssicherheit, der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen, Wirtschaftsförderung und eine geringere Abhängigkeit vom Weltmarkt – all das hängt eng damit zusammen.

Wancata: In vielen Entwicklungsländern existiert die für uns selbstverständliche Infrastruktur nicht, weite Regionen sind nicht an die nationalen Stromnetze angeschlossen. Gekocht wird meist auf Feuerstellen. Kerzen oder Petroleum sorgen für Licht. Ein Dieselgenerator hinter dem Haus zur Basisversorgung ist für viele bereits Luxus. Arme Bevölkerungsschichten verbrauchen pro Tag etwa eine Kilowattstunde Strom und geben dafür rund ein Drittel ihres Einkommens aus. Das ist weder sozial noch wirtschaftlich verträglich.

Weltnachrichten: Welche Vorhaben werden in erster Linie finanziert?

Hagmann: Die OeEB finanziert Projekte, die die Energieerzeugung und -verteilung verbessern oder in Schwellen- und Entwicklungsländern den Aufbau von ent-

sprechendem Know-how vorantreiben. Vorrang haben erneuerbare Energieträger wie Wasser-, Wind- und Sonnenkraft sowie Biomasse. Gründe dafür sind nicht nur Umwelt- und Klimaschutz, auch die große Abhängigkeit vieler Entwicklungs- und Schwellenländer von teuren Erdöl- und Erdgasimporten, die noch dazu extremen Preisschwankungen unterliegen, soll reduziert werden. In vielen Fällen ist die Erneuerbare gegenüber herkömmlichen Energieträgern bereits die kostengünstigere Variante und bietet den Menschen die Chance, ihr geringes Einkommen anders zu investieren. Zugleich eröffnet der Anschluss an die Stromversorgung Handwerksbetrieben und kleinen Unternehmen neue Produktionsmöglichkeiten und Einkommensquellen.

Weltnachrichten: Wie groß ist der Anteil der Energieprojekte an den insgesamt laufenden Aktivitäten?

Wancata: Derzeit machen die Energieprojekte rund ein Drittel unseres Portfolios aus. Zusätzlich ermöglichen viele Kreditlinien an lokale Banken die Finanzierung von Energieprojekten oder Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz.

Weltnachrichten: Gibt es geografische und inhaltliche Schwerpunkte?

Hagmann: Energie ist ein globales Thema und damit in allen Regionen relevant. Zum Beispiel hat Georgien enorme Wasservorkommen. Diese Ressource wird durch die

Erneuerung und Erweiterung des Verteilernetzes jetzt erst nutzbar gemacht. Serbien weist laut Schätzungen ein Potenzial an erneuerbaren Energien im Gegenwert von 4 Millionen Tonnen Öl pro Jahr auf. Derzeit wird nur ein geringer Teil genutzt, weil eine gut funktionierende Infrastruktur, gesetzliche Regulierungen und finanzielle Anreize fehlen. Mithilfe einer Studie wollen wir privaten Investoren den Einstieg in den Energiesektor erleichtern und langfristig den Anteil der Erneuerbaren auf dem serbischen Markt steigern.

Wancata: Ein anderes Beispiel: Auch in Nicaragua investieren wir in die Nutzung lokaler Energieressourcen. Dort schlummern in 2000 Meter Tiefe inaktive Vulkane und damit eines der weltweit größten geothermischen Vorkommen. Die OeEB finanziert gemeinsam mit anderen Entwicklungsbanken den Ausbau eines Geothermie-Kraftwerks in San Jacinto. Allein durch dieses Kraftwerk mit einer künftigen Produktionskapazität von 72 Megawatt wird Nicaragua deutlich weniger von teuren fossilen Energieträgern abhängig sein und seinen BewohnerInnen nachhaltige und sichere Energieversorgung gewährleisten können.

Weltnachrichten: *Welchen Kriterien unterliegen die Energieprojekte der OeEB?*

Wancata: Alle Projekte müssen entwicklungspolitisch relevant, nachhaltig und wirtschaftlich sein. Viele Unternehmer können mit dieser Beschreibung zunächst nur sehr wenig anfangen. Für die OeEB bedeutet das: Ein Energieprojekt muss auf eigenen Beinen stehen können, Arbeitsplätze schaffen und nachhaltige, erneuerbare Energie zur Verfügung stellen. Bei der Prüfung achten wir sehr genau auf die Einhaltung der Umwelt- und Sozialstandards vor Ort.

Hagmann: Wir wollen noch mehr österreichische Firmen motivieren, in entwicklungsrelevante Projekte zu investieren. Aufgrund unseres öffentlichen Auftrags können wir Kredite für privatwirtschaftliche Vorhaben in Ländern anbieten, in denen das Risiko höher ist, und längere Laufzeiten offerieren. ■



© Siemens

Die OeEB schafft Anreize, in Energieprojekte zu investieren, wie zum Beispiel in die Modernisierung des Verteilernetzes in Georgien.



© Heusler/OeEB (2)

Die OeEB

wurde 2008 als offizielle Entwicklungsbank der Republik Österreich gegründet. Sie vergibt Kredite für private Investitionsprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern. Diese müssen entwicklungspolitisch sinnvoll und wirtschaftlich tragfähig sein. Die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards wird eingefordert. Dank der Absicherung der Kredite durch Bundeshaftungen des Finanzministeriums kann die OeEB höhere Risiken als Kommerzbanken eingehen und längere Laufzeiten anbieten. Der Investor sollte Eigenmittel in der Höhe von 30 Prozent beisteuern können und für die Projektumsetzung Know-how und Erfahrungen mit den Gegebenheiten vor Ort mitbringen.

Begleitend zu den Finanzierungen werden über die „Advisory Programmes“ Maßnahmen wie zum Beispiel Schulungen oder Studien unterstützt, mit denen zusätzliche Entwicklungseffekte erzielt werden. Mit 3 Millionen Euro stärkt die OeEB außerdem das Programm Wirtschaftspartnerschaften der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für entwicklungspolitisch relevante Geschäftsideen österreichischer Unternehmen in Afrika, Asien, Lateinamerika, Ost- und Südosteuropa.

→ www.oe-eb.at

Die SEKEM-Farm in Belbeis bei Kairo nutzt Solarthermie statt Dieselkraftstoff.

Sonnenaufgang über Ägypten

Das Öl des 21. Jahrhunderts heißt Solarenergie, sind ExpertInnen überzeugt. Eine von der Austrian Development Agency in Kooperation mit der Oesterreichischen Entwicklungsbank geförderte Wirtschaftspartnerschaft in Ägypten leistet Aufbauarbeit, um im Norden Afrikas Solarthermie als neue Energieform zu etablieren.

Für ein Land wie Ägypten kann Solarenergie die wirtschaftliche Zukunft bedeuten. Die mittlere Sonneneinstrahlung beträgt mit ca. 2.500 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr zweieinhalb Mal so viel wie in Österreich. Bisher konnte sich die Solartechnik in Ägypten jedoch nicht durchsetzen. Feiner Wüstensand, die salzhaltige Luft und fehlendes lokales Fachwissen sind nur einige der Gründe. Nun bringen ExpertInnen aus Österreich Know-how ins Land am Roten Meer.

Start-up für Solarthermie

In einer österreichisch-ägyptischen Wirtschaftspartnerschaft werden europäische Solarthermie-Systeme an die lokalen Verhältnisse angepasst. Darüber hinaus erhalten Berufsbildungseinrichtungen und Universitäten wertvolles Wissen und die erforderliche Technologie. Kooperationen mit lokalen Unternehmen schaffen die Basis dafür, dass die qualitativ hochwertigen Solarthermieanlagen mittelfristig direkt vor Ort hergestellt werden können.

Drei österreichische Unternehmen – SEKEM Energy GmbH, PINK GmbH und GREENoneTEC Solarindustrie GmbH – bringen ihr Wissen zu Solartechnologie, Speicherbau und strategischer Planung ein. Die lokale Partnerfirma SEKEM, ein Produzent von Bio-Lebensmitteln, Gesundheitsprodukten und Textilien aus Öko-Rohstoffen, möchte nun auch in alternative Energien investieren. Auch die lokalen Firmen E-Green und Ecoenergy unterstützen das Projekt.

Teamarbeit für neue Lösungen

Die Partnerschaft startete im April letzten Jahres, in einer Zeit des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels. Heute kann das Projektteam trotz dieser besonderen Herausforderungen bereits einen großen Erfolg verbuchen: Im Juni wurde in Kooperation mit lokalen Firmen auf der SEKEM-Farm in Belbeis bei Kairo eine 40 Quadratmeter große Solaranlage aufgestellt. Das Anlagendesign und die Technologie wurden von den Firmen PINK und SEKEM Energy entwickelt und an die lokalen Rahmenbedingungen ange-

passt. Die Anlage ist bewusst einfach gehalten und aus möglichst vielen hochwertigen Komponenten und Teilen ägyptischer Fabrikation gebaut, damit sie vor Ort reproduziert werden kann.

Die intensive Zusammenarbeit hat sich gelohnt: Seit Ende Juni liefert die Pilotanlage solar vorgewärmtes Warmwasser für diverse Produktionsprozesse auf der SEKEM-Farm. Für diesen Standort können bei optimalen Bedingungen für den Betrieb der Anlage jährlich bis zu 9.000 Liter Dieselkraftstoff eingespart werden. Auch die CO₂-Emissionen sinken. Bei Bedarf unterstützen die österreichischen Projektpartner das lokale Wartungsteam via Internet.

Basis für lokales Know-how

In erster Linie wird die Solaranlage als Schulungsobjekt für Installateure, Hersteller von Bestandteilen, die Lehrlinge der SEKEM-Berufsschule sowie StudentInnen der Heliopolis Universität in Kairo dienen. Derzeit planen die Projektpartner die Ausbildung und arbeiten Maßnahmen aus, die zur Einführung förderlicher Rahmenbedingungen beitragen sollen.

Das Projektteam versteht sich als Wegbegleiter Ägyptens im Umbruch und möchte das Land beim Umstieg auf eine saubere, erneuerbare Energiequelle unterstützen. Die Ausichten sind vielversprechend. ■

Birgit Birnstingl-Gottinger, Nicole Olsacher
SEKEM Energy GmbH

Der Nutzen liegt auf der Hand

Im September 2011 präsentierte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die Initiative „Sustainable Energy for All“ mit drei globalen Zielen, die bis 2030 erreicht werden sollen. Erhebliche Investitionen werden dafür notwendig sein. Nach den Ergebnissen einer weltweiten Studie erscheint ihre Umsetzung jedoch machbar.

Drei konkrete Ziele sollen innerhalb von knapp 20 Jahren erreicht werden: Zugang zu modernen Energiedienstleistungen für alle, Verdopplung der Steigerungsrate der Energieeffizienz und Verdopplung des Anteils erneuerbarer Energien am weltweiten Energiemix. Mit seiner Initiative unterstreicht Ban Ki-moon die Dringlichkeit, die globalen Energiethemen mit Nachdruck in Angriff zu nehmen.

Schlüssel Effizienzsteigerung

Detaillierte Analysen des Global Energy Assessment (GEA), einer umfassenden internationalen Studie zur Energieversorgung der Zukunft, zeigen, dass es eine Reihe verschiedener Kombinationen aus verfügbaren Ressourcen, Technologien und Strategien gibt, mit deren Hilfe sich die Nachhaltigkeitsziele im Energiebereich verwirklichen lassen. Unumgänglich ist jedenfalls die drastische Steigerung der Energieeffizienz um jährlich 2 statt bisher 1 Prozent. Diese Erkenntnisse decken sich mit den UN-Energiezielen.

liarden US-Dollar pro Jahr benötigt. Insgesamt braucht es also zusätzliche Mittel in der Höhe von jährlich 555 bis 820 Milliarden US-Dollar, um die UN-Initiative umzusetzen. Das ist sicherlich nicht wenig. Aber: Im Vergleich dazu werden derzeit pro Jahr 1.000 bis 3.500 Milliarden US-Dollar in den Energiesektor investiert und fossile Energieträger global mit geschätzten 500 Milliarden US-Dollar subventioniert.

... und bringt enormen Mehrwert

Die Umsetzung der UN-Energieziele brächte viele Vorteile: Sauberere Brennstoffe zum Kochen verringern die Belastung durch häusliche Luftschadstoffe, der geringere Verbrauch fossiler Energie verbessert die städtische Luftqualität – mit positiven Konsequenzen für die Gesundheit und das Klima. Dadurch könnten global jedes Jahr schätzungsweise rund 1,5 Millionen Todesfälle, vor allem bei Kindern und Frauen, vermieden werden. Auch neue Arbeitsplätze würden entstehen und andere Wirtschaftsimpulse ausgelöst.

In erster Linie sind es politische und institutionelle Hürden, die es auf dem Weg zu den Energiezielen der Vereinten Nationen zu nehmen gilt. Die Subventionen für fossile Brennstoffe müssen eingestellt und integrierte wie auch koordinierte Strategien für den Umstieg auf nachhaltige Energiesysteme formuliert werden. Deren Umsetzung gilt es zu überwachen und die Aktionspläne entsprechend anzupassen. Dazu braucht es die nötigen Kapazitäten, gestärkte Institutionen und stabile, kontinuierliche politische Unterstützung. Es wird zwar einige Anstrengung kosten, die Energie-Initiative umzusetzen, der Nutzen für uns alle liegt aber auf der Hand. ■

**Shonali Pachauri, Arnulf Grubler, Volker Krey
und Keywan Riahi**

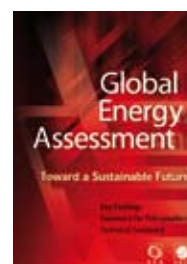
*Internationales Institut für
Angewandte Systemanalyse (IIASA), Laxenburg*



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon: Energie-Initiative soll Armut mindern.

Nachhaltigkeit ist billiger...

Nach Schätzungen des GEA lassen sich die Vorgaben der Vereinten Nationen bis 2030 erreichen, wenn weltweit jährlich bis zu 370 Milliarden US-Dollar zusätzlich in Maßnahmen zur Effizienzsteigerung investiert werden. Weiters müssten die Mittel für die Versorgung mit erneuerbaren Energien pro Jahr nahezu verdreifacht werden. Um den Zugang zu nachhaltiger Energie für alle sicherstellen zu können, werden hingegen lediglich zwischen 36 und 41 Mil-



Der Report zum Nachlesen und
Downloaden: [www.iiasa.ac.at/
Research/ENE/GEA/index.html](http://www.iiasa.ac.at/Research/ENE/GEA/index.html)

Agrosprit auf Kosten der Menschenrechte?

Trotz lauter werdender Kritik von unterschiedlichsten Seiten boomen Agrartreibstoffe. Sie gelten in manchen Kreisen – keineswegs unumstritten – als eine grüne und klimafreundliche Lösung der Energiekrise. Noch immer fragt kaum jemand: Wie steht es bei der Erzeugung von Agrosprit um die Menschenrechte und entwicklungspolitische Kohärenz?

Seit Beginn des Millenniums fördern die EU und Österreich die Produktion von Agrartreibstoffen. Man verspricht sich davon einen Beitrag zu ländlicher Entwicklung und hofft, damit den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Außerdem soll die Abhängigkeit von Energieimporten sinken. Während die Nachhaltigkeitskriterien in der EU-Richtlinie für erneuerbare Energien zumindest ein Versuch sind, die negativen ökologischen Folgen dieser Klima- und Energiepolitik zu verringern, werden die sozialen und menschenrechtlichen Auswirkungen grob vernachlässigt.

Die bis 2020 im Verkehrsbereich angestrebte Beimischungsquote von 10 Prozent Agrosprit in herkömmliche Kraftstoffe kann weder in Österreich aus nationalem noch in der EU aus gemeinschaftlichem Anbau abgedeckt werden. Bereits 2008 importierte die EU knapp 40 Prozent der Agrartreibstoffe. Da die Anbauflächen in Europa weitgehend ausgeschöpft sind, ist anzunehmen, dass die Einfuhren in Zukunft stark wachsen werden.

Veränderte Landnutzung ...

Auf dem globalen Agrarmarkt verursacht dies Verdrängungseffekte zum Nachteil der Nahrungsmittelproduktion. Denn durch die Kultivierung von Energiepflanzen ändert sich die Landnutzung – direkt, wenn dafür Wälder gerodet werden, indirekt, wenn etwa der Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln auf Flächen ausweichen muss, die bislang nicht landwirtschaftlich genutzt wurden. Dadurch verschärfen sich in vielen Ländern des globalen Südens die Konflikte um Land.

... mit gravierenden Konsequenzen

Aus menschenrechtlicher Sicht ist dies besorgniserregend, denn der Zugang zu Land ist unerlässlich, damit das Recht auf Nahrung erfüllt werden kann. Bislang berücksichtigt die EU in ihren Regulierungsmechanismen die indirekten Veränderungen in der Landnutzung nicht. Außerdem gewinnt die agroindustrielle Landwirtschaft durch die Förderung von Agrartreibstoffen weiter an Boden. Dies schwächt die bäuerliche Landwirtschaft und verschärft Armut und Hunger.

Preistreiber Agrosprit

Der Agrartreibstoffboom gehört außerdem zu den wichtigsten Preistreibern bei Grundnahrungsmitteln. Zum

Ausmaß bestehen zwar unterschiedliche Meinungen, die Tendenzen sind jedoch hinreichend belegt. Dieser politisch geschaffene und wachsende Markt zieht Spekulanten magisch an. Die Folge sind schwankende Nahrungsmittelpreise – mit drastischen Auswirkungen auf einkommensschwache Familien in Entwicklungsländern.

Parlamentarische Petition

Wegen all dieser Bedenken hat ein Bündnis entwicklungs-, verkehrs- und umweltpolitischer Organisationen eine parlamentarische Petition eingereicht. Darin appellieren die Beteiligten an die österreichische Regierung, dass diese ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen wahrnimmt und sich für umfassende ökologische und soziale Mindeststandards einsetzt. Weiters fordern sie ein Moratorium der Beimischungsquote für Agrosprit. Ein zentrales Anliegen ist, dass die Energie- und insbesondere die Agrotreibstoffpolitik die übergeordneten Ziele der Entwicklungspolitik im Sinne von Kohärenz, wie im Vertrag von Lissabon festgelegt, nicht unterwandern dürfen. ■

Brigitte Reisenberger
FIAN Österreich

→ www.fian.at
www.agrotreibstoffe.net



Rio+20: Die größte Gipfelkonferenz in der Geschichte der UNO.

Rio+20: großer Gipfel, kleiner Fortschritt



© UN Photo/Eskinder Debebe

Mit 45.000 TeilnehmerInnen war der Gipfel über Umwelt und nachhaltige Entwicklung im Juni in Rio de Janeiro der größte in der Konferenz-Geschichte der Vereinten Nationen. Während die brasilianische Präsidentin und Gastgeberin Dilma Rousseff den Großevent als „historischen Schritt“ bezeichnete, kritisieren viele die Ergebnisse als schwach und unzureichend.

Viele Forderungen und Erwartungen blieben unerfüllt. Die Delegierten aus 188 UN-Mitgliedsstaaten, darunter mehr als 100 Staats- und Regierungschefs, sowie 10.000 VertreterInnen der Zivilgesellschaft konnten sich etwa auf keine Vereinbarung zur Umsetzung des UN-Seerechts-Übereinkommens zum Schutz der Meere einigen. Zu wichtigen Themen wie Nahrungsmittelsicherheit oder der Bewahrung der Wälder fehlen klare Ziele und Fristen. Ein konkretes Ende der Subventionen für fossile Energien ist ebenso wenig in Sicht wie eine Bemessungsgröße für Wohlstand, die über das Bruttoinlandsprodukt als Indikator hinausgeht.

Punktuelle Erfolge

Die Bilanz sieht also mager aus im Vergleich zum Erdgipfel 1992, aus dem die 27 Rio-Prinzipien, die Agenda 21, die Klimarahmen- und Biodiversitätskonventionen, die Konvention gegen Wüstenbildung und die Forstprinzipien hervorgegangen sind. Dennoch hat Rio+20 zumindest konkrete Prozesse angestoßen: Beschlossen wurde zum Beispiel, globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) zu formulieren. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) wird durch die künftige Mitgliedschaft aller UN-Staaten und zusätzliche finanzielle Mittel insgesamt gestärkt. Das Abschlussdokument enthält nicht zuletzt neue Verpflichtungen zum Wassermanagement. Die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ des UN-Generalsekretärs wird erwähnt.

Österreichs Resümee

Staatssekretär Wolfgang Waldner, der die österreichische Delegation anführte, würdigte das Konferenzergebnis als

Kompromiss nach langen und schwierigen Gesprächen. Neben den offiziellen Verhandlungen brachte sich Österreich auch in einige der insgesamt 500 begleitenden Veranstaltungen ein: Staatssekretär Waldner eröffnete beispielsweise gemeinsam mit dem peruanischen Präsidenten Ollanta Humala den Mountain Pavillon, der die Bedeutung der Berggebiete für die globale nachhaltige Entwicklung ins allgemeine Bewusstsein rückte.

Wenn auch die Meinungen über den Erfolg oder Misserfolg der Konferenz auseinandergehen, war Rio+20 sicherlich ein Gipfel der Zivilgesellschaft, ein Ort des Austauschs gigantischen Ausmaßes und eine Ideenbörse für Nachhaltigkeit. ■

Stephanie Karner

*multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
im Außenministerium*

CleanStart

Gemeinsam mit dem UN-Kapitalentwicklungsfonds (UNCDF) stellte Österreich in Rio das neue Programm CleanStart vor. Das Programm ebnet armen Haushalten und Kleinst-Unternehmen den Weg zu kostengünstiger und sauberer Energie. CleanStart soll dazu beitragen, dass bis 2018 mindestens 2,5 Millionen Menschen verlässlichen Zugang zu nachhaltiger Energie erhalten. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt das Programm.

→ www.uncdf.org/en/cleanstart



Entwicklungszusammenarbeit neu aufgemischt

Die internationale Kooperation wird künftig breiter aufgestellt sein und vielfältigere Entwicklungswege umfassen. Die Weichen dazu wurden Ende letzten Jahres beim hochrangigen Forum für wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit in der südkoreanischen Stadt Busan gestellt. Wie der Rahmen dieser neuen Partnerschaft konkret aussehen kann, wird derzeit diskutiert.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist komplexer geworden. Wie können die UN-Millenniumsziele dennoch erreicht werden, und wie sieht die Kooperation nach 2015 aus? Auf diese Fragen suchten rund 3.000 KonferenzteilnehmerInnen in Busan gemeinsame Antworten. Die Abschlusserklärung gibt die Richtung vor: Die Zukunft liegt in einer neuen, inklusiven „Partnerschaft für Entwicklung“ aller Beteiligten.

Ein Ziel – verschiedene Wege

Dieser Schritt war notwendig, um die internationale Entwicklungszusammenarbeit notwendige Kohärenz auch weiterhin sicherzustellen. Denn aufgrund der rasanten wirtschaftlichen, politischen, sozialen und technologischen Veränderungen engagieren sich heute mehr Akteure denn je in den Partnerländern, allerdings mit unterschiedlichen Motiven und Strategien.

Die Verhandlungen in Busan endeten mit einem Kompromiss: Alle Beteiligten bekannten sich zu den Zielen und Prinzipien wirkungsvoller Entwicklungszusammenarbeit, hielten aber gleichzeitig fest, dass die Wege dorthin unterschiedlich sein können. Die Abschlusserklärung, die inhaltlich auch von den „neuen“ Gebern wie China, Indien und Brasilien mitgetragen wird, unterscheidet daher zwischen der klassischen „Nord-Süd-Kooperation“ zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und der „Süd-Süd-Kooperation“ zwischen neuen Gebern und Partnerländern.

In eigener Verantwortung

Die neue, inklusive Partnerschaft für Entwicklung legt das Prinzip Eigenverantwortlichkeit umfassender und tiefergehend aus als bisher und schließt nun auch Parlamente, Zivilgesellschaft, Privatsektor und Medien mit ein. Zentrale Akteure sind die Partnerländer selbst. Sie sind verantwortlich für die kontinuierliche Umsetzung ihrer Verpflichtungen. Nachhaltiges Wachstum, der Zugang zu Beschäftigung, die Einhaltung der Menschenrechte und die Sicherung der Demokratie hängen entscheidend vom politischen Willen der jeweiligen Regierung ab. Fragile Situationen stellen eine besondere Herausforderung dar.

Handlungsrahmen für die Praxis

Die Entwicklungszusammenarbeit wird weiterhin eine unverzichtbare Rolle spielen. Sie ist aber nur ein Teil der Lösung und soll verstärkt als Katalysator für umfassende politische und ökonomische Fortschritte wirken. Innovativen Finanzierungsmodellen und der Privatwirtschaft kommen dabei wesentliche Bedeutung zu. Der Entwicklungshilfesausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die Vereinten Nationen haben nun die schwierige Aufgabe, den Beschlüssen von Busan einen konkreten Umsetzungsrahmen zu geben. Seit Anfang des Jahres arbeiten sie daran. Das Ziel ist und bleibt: weniger Armut auf der Welt. ■

Anton Mair

stellvertretender Leiter der Österreichischen
Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium

Medien im Kreuzfeuer

JournalistInnen sichern die Demokratie, decken Missstände auf und nehmen Regierende in die Pflicht. Diese Arbeit kann riskant sein – nicht nur in Ländern, in denen die Menschenrechte und damit auch die Rede- und Pressefreiheit missachtet werden. Unter dem Titel „Publishing the Truth“ gingen in einer Veranstaltung der Austrian Development Agency international renommierte JournalistInnen den Gefahren ihres Berufsstandes auf den Grund.

JournalistInnen leben gefährlich. Seit Beginn dieses Jahres sind 77 Medienleute umgekommen, entweder wegen ihrer Berichterstattung oder allein wegen ihres Berufes. 90 Prozent der bekannten Übergriffe und Gewalttaten auf MedienvertreterInnen bleiben ungeklärt. Am schnellsten ins Kreuzfeuer geraten Kameraleute und FotografInnen, deren Bilder eine Krisensituation fast in Echtzeit ins Fernsehen oder Internet bringen. Social Media haben den Druck auf die JournalistInnen erhöht, ihre Berichte möglichst rasch zu liefern, denn die Konkurrenz im Internet ist groß, berichtete Elias Bierdel vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Schläining. Dies gehe auch zulasten der Qualität.

Macht und Möglichkeiten

Alison Bethel McKenzie, Geschäftsführerin des in Wien ansässigen International Press Institute, unterscheidet daher zwischen JournalistInnen und „Citizen Reporters“. Für seriöse Berichterstattung müssten Rechercheergebnisse von anderen Personen bestätigt werden, bevor sie als Fakten erscheinen. Social Media seien partizipativ und daher eine gute Plattform für „Citizen Reporters“, die mit ihren – nicht unbedingt faktisch unterlegten – Kommentaren Menschen mobilisieren können, wie zum Beispiel während des Arabischen Frühlings. Kurzfristig sei dort das Recht auf Rede- und Pressefreiheit zurückerobert worden. Mittlerweile habe sich aber die Lage wie im gesamten Nahen Osten und Nordafrika wieder verschlechtert. MedienvertreterInnen würden gezielt eingeschüchert und gewaltsam an ihrer Arbeit gehindert, so McKenzie.

Pressefreiheit geht zurück

Ohne Pressefreiheit gebe es keine Kultur der Einhaltung der Menschenrechte, stellte Raymond Louw, südafrikanischer Journalist und Herausgeber, fest. Es brauche eine unabhängige Presse, die die Mächtigen kontrolliert. Autoritäre Regime fühlten sich dadurch bedroht und reagierten mit gewaltsamer Unterdrückung. Laut Freedom House, dem New Yorker Monitoringorgan für Pressefreiheit, hat sich in den vergangenen sechs Jahren die Situation weltweit kontinuierlich verschlechtert. 84 Prozent der westeuropäischen Medien gelten als „frei“, nur zwei Prozent im Mittleren Osten und Nordafrika, und in lediglich fünf afrikanischen Ländern herrscht Pressefreiheit. Dies stehe in krassem Gegensatz zur überall geforderten Transparenz, so Raymond Louw. Sein Einsatz für die Pressefreiheit während des Apartheid-Regimes wurde mehrfach international ausgezeichnet und wird oft als Beispiel genannt für die Rolle der Medien bei der friedlichen Überwindung von Konfliktsituationen.

Als Mitglied im UN-Menschenrechtsrat mache sich Österreich für die Sicherheit von JournalistInnen stark und werde bis 2014 dazu eine UN-Resolution einbringen, betonte Wolfgang Waldner, Staatssekretär im österreichischen Außenministerium. Denn Angriffe auf ReporterInnen seien Angriffe auf die Demokratie. Und diese gelte es zu bewahren. ■

Red

(v.l.n.r.) Staatssekretär Wolfgang Waldner, ADA-Geschäftsführerin Brigitte Öppinger-Walchshofer, Alison Bethel McKenzie (Geschäftsführerin International Press Institute), der südafrikanische Journalist und Menschenrechtsaktivist Raymond Louw sowie Elias Bierdel vom Friedenszentrum Schläining bei der Veranstaltung DialogEntwicklung „Publishing the Truth“ in Wien.



kurznachrichten

Kampf gegen Korruption

Es gibt kaum ein Phänomen, das die Demokratie mehr gefährdet als Korruption. Bestechung kann den wirtschaftlichen Aufschwung, die Achtung der Menschenrechte und das soziale Gefüge ganzer Gesellschaften völlig untergraben. Auch die Entwicklungszusammenarbeit ist davon betroffen. Laut Schätzungen gehen weltweit bis zu 30 Prozent der Entwicklungsgelder durch Korruption und Misswirtschaft verloren.

Transparency International hat mit tatkräftiger Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für Nichtregierungsorganisationen einen Ratgeber zur Korruptionsvermeidung herausgegeben. Dieser enthält Anleitungen zum Aufbau wirksamer Anti-Korruptionsprogramme. Neben internen Kontrollsystemen und verbindlichen Verhaltenskodices sind auch Systeme von großer Bedeutung, an die ein konkreter Korruptionsverdacht vertraulich gemeldet werden kann. In den kommenden Monaten wird mit den Nichtregierungsorganisationen weiter über die Umsetzung des Ratgebers diskutiert. Eine offene Frage ist etwa, ob in lebensbedrohlichen Situationen – zum Beispiel in der humanitären Hilfe – Ausnahmen von der strikten Ablehnung von Zahlungen etwa bei Straßenkontrollen gemacht werden sollten. ■

- **NEU: Korruptionsmeldestelle** auf www.entwicklung.at
- Korruptionsvermeidung in der Entwicklungszusammenarbeit. Ratgeber für Nichtregierungsorganisationen
Download: www.ti-austria.at oder www.entwicklung.at

Georg Huber-Grabenwarter
Leiter Organisationsentwicklung in der ADA

Stärkerer Fokus auf Gender empfohlen

Für die strategischen und programmatischen Planungsprozesse in der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit hat die Leitlinie „Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen“ eine nur eher geringe Bedeutung. Dies stellten ExpertInnen bei der Evaluierung der Leitlinie für den Zeitraum 2004–2011 fest. Sie empfehlen daher verstärkte Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung, damit künftig Gleichstellungsperspektiven in den Schwerpunktsektoren besser berücksichtigt werden können. Ferner rät das Evaluierungsteam, das Potenzial des Gender-Aktionsplanes der EU als Rechenschaftsinstrument stärker zu nutzen. Der Evaluierungsbericht hebt die Schlüsselrolle der Koordinationsbüros der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für die durchgehende Berücksichtigung von Geschlechtergleichstellung auf Programm- und Projektebene hervor. Insbesondere den Büros in Albanien und Äthiopien wird dafür ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Trotz der limitierten finanziellen und personellen Ressourcen sollen Geschlechtergleichstellung und das Empowerment von Frauen verstärkt als strategische Ziele in Programmen und Projekten berücksichtigt werden. Im Sinne der gewünschten Wirkung muss Gender Mainstreaming als Top-down-Strategie und als gemeinsame Verantwortung aller Akteure der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen werden. ■

Karin Kohlweg
Leiterin Evaluierung in der ADA
Sonja Grabner
Gender und Entwicklung in der ADA

→ www.entwicklung.at/aktivitaeten/evaluierung/

impresum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich, oeza.info@ada.gv.at, www.entwicklung.at, DVR 0000060. **Konzept, Gestaltung und Produktion:** Grayling Austria GmbH. **Redaktion:** Doris Gebru-Zeilermayr, Claudia Gruber (f.d.l.v.), Sabine Krings, Birgit Brandner. **Titelfoto:** shutterstock.com/maxstockphoto. **Layout:** design:ag, Alice Gutleiderer. **Druck:** AV+Astoria, 1030 Wien. **Verlagsort:** 1010 Wien. September 2012. Die Weltnachrichten sind kostenlos. Bestellung: oeza.info@ada.gv.at oder www.entwicklung.at (Newsletter abonnieren).